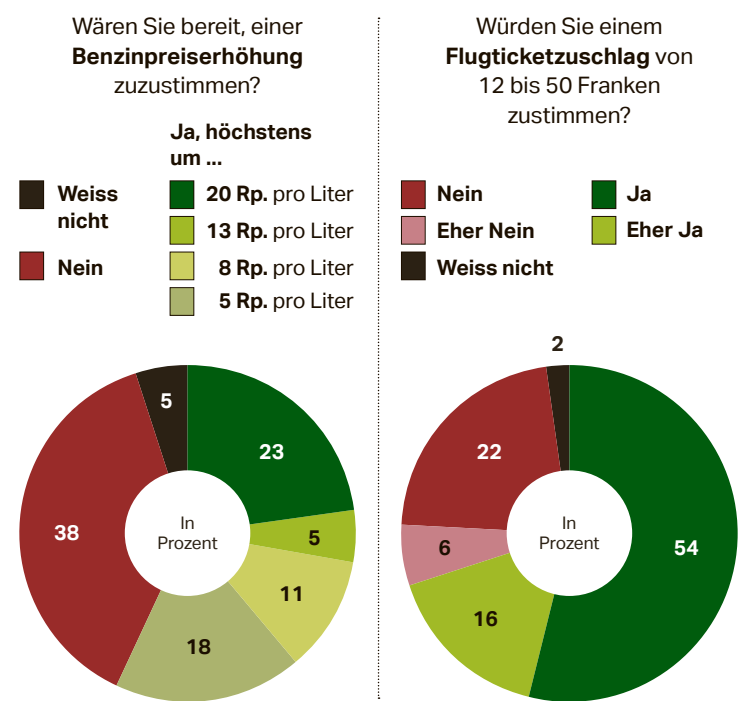




«Die Bevölkerung ist vernünftiger als der Nationalrat»: Passagiere am Flughafen Zürich

Foto: Keystone

Umfrage zu Teilaspekten des neuen CO₂-Gesetzes

Quelle: Tamedia-Online-Abstimmungsumfrage, Umfragezeitraum: 20. und 21. Dezember. Befragt wurden 6048 Personen aus der ganzen Schweiz. Der Fehlerbereich liegt bei 2,2 Prozentpunkten. Die Umfrage wurde in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH der Politologen Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Weitere Informationen unter tamedia.ch/Umfragen.

SoZ Candrian

70 Prozent befürworten Ökosteuer

Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat lehnt eine Flugticketabgabe im Rahmen des CO₂-Gesetzes ab. Eine repräsentative Umfrage zeigt, dass das Parlament am Volk vorbeipolitisiert

Mischa Aebi

Bern Fliegen ist billig wie nie. Wer sucht, der findet schnell für weniger als 40 Franken einen Flug von Zürich nach London, Stockholm oder Barcelona. Bei solchen Preisen wundert es kaum, dass in der Schweiz letztes Jahr 40 Prozent mehr Flugreisen gebucht wurden als noch vor fünf Jahren. Dass dabei sehr viel CO₂ freigesetzt wird, schien vielen egal zu sein – Hauptsache, der Preis stimmt.

Eine repräsentative Umfrage von Tamedia in Zusammenarbeit mit den Politikwissenschaftlern Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen zeichnet nun ein anderes Bild: Eine satte Mehrheit der Bevölkerung hat sehr wohl ein ökologisches Gewissen in Bezug auf Flugreisen und würde dafür auch tiefer in die Tasche greifen. Gemäss der Umfrage befürworten 70 Prozent der Bevölkerung im Rahmen des CO₂-Gesetzes eine Flugticketabgabe zwischen 12 und 50 Franken pro Reise, je nach Länge des Flugs.

Das klare Bekenntnis der Bevölkerung steht in frappantem Kontrast zur Haltung des Nationalrats: Die grosse Kammer hat die Flugticketabgabe Mitte Dezember mit 93 zu 88 Stimmen abgelehnt. SVP und FDP haben fast geschlossen dagegen gestimmt. Kurz darauf hat der Nationalrat das neue CO₂-Gesetz als Ganzes versenkt, weil sich die linke und die rechte Hälfte des Ratssaals in Sachen CO₂-Kompensation nicht auf einen Konsens einigen konnten.

Konfrontiert mit den Umfrageergebnissen, reagiert man auf bürgerlicher Seite mit einem Schulterzucken: Es überrascht ihn nicht, dass eine Flugticketabgabe vielen auf den ersten Blick adäquat erscheine, sagt SVP-Energiepolitiker Christian Imark. «Viele Schweizer finden, dass zu viel geflogen wird und dass Flüge generell zu billig sind.» Dennoch seien er und seine Partei dagegen, dass die Schweiz eine Flugticketabgabe einführe. Denn wenn man die Problematik analysiere, werde «klar, dass mit einer Insellösung der Schweiz der

CO₂-Ausstoss weder reduziert noch kompensiert wird». Fluggesellschaften würden für Zwischenlandungen einfach «auf Flughäfen im Ausland ausweichen».

In anderen Ländern sehe man, dass «solche Steuern nur zur Befüllung der Kassen dienen, ohne jegliche Reduktionswirkung», sagt Imark. Der Luftverkehr stehe im globalen Wettbewerb, deshalb braucht es globale Lösungen.

Grüne wollen weiterkämpfen für Flugticketabgabe

Ganz anders sehen das die Grünen und die Linken: Auch ihn überrascht es nicht, dass die Bevölkerung eine Flugticketabgabe befürworte, sagt Jürg Grossen, Präsident der Grünliberalen. Im Gegensatz zu Imark ist Grossen aber überzeugt, dass die Bevölkerung richtig liegt: «Die Flugticketabgabe hilft sehr wohl, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Viele Leute werden sich überlegen, ob sie für gewisse Reisen nicht auch ein anderes Verkehrsmittel nehmen können.»

Er glaubt nicht, dass auf ausländische Flughäfen ausgewichen wird, um die Abgabe zu umgehen: «Die Anfahrtswege wären zu lang.» Grossen betont, dass etliche Länder auch bereits eine Flugticketabgabe kennen.

Gleich wie Grossen sieht es die Grünen-Präsidentin Regula Rytz: «Die Umfrage zeigt, dass die Bevölkerung vernünftiger ist als der Nationalrat.» Sie erwarte nun vom Ständerat, dass er aufgrund der Umfrageergebnisse die Flugticketabgabe wieder aufnimmt. Auch für Grossen ist klar: «Wir müssen weiterkämpfen.» Er habe noch einen Rettungsanker: In einem Vorstoss verlangt er unabhängig vom CO₂-Gesetz eine Abgabe. Grossen hofft, dass er erst nach den Wahlen traktandiert wird, wenn das Parlament in einer anderen Zusammensetzung tagt.

Bevölkerung wäre auch für eine kleine Benzinpreiserhöhung

Die Tamedia-Umfrage zeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung im Rahmen des CO₂-Gesetzes auch

eine Benzinpreiserhöhung befürwortet. Allerdings ist das Ergebnis hier weniger deutlich: Während 54 Prozent eine Erhöhung um maximal 5 Rappen befürworten, fände eine Erhöhung von 8 oder mehr Rappen pro Liter keine Mehrheit mehr.

Einer Erhöhung um 5 Rappen hatte sogar die SVP in der letzten Session zugestimmt. Hätte der Rat das CO₂-Gesetz schliesslich nicht aus anderen Gründen abgelehnt, stünde ihr nichts mehr im Weg. Für Christian Imark ist eine Begrenzung auf 5 Prozent vernünftig: Eine Benzinpreiserhöhung um 10 oder 20 Rappen würde laut dem SVP-Politiker hingegen nichts bringen.

Imark betont, dass Benzin schon heute mit 74 Rappen pro Liter besteuert wird. Mit einer weiteren Erhöhung bestrafe man diejenigen, die auf das Auto angewiesen seien, weil sie zum Beispiel an einem abgelegenen Ort wohnen oder mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen.

Kommentar Seite 19

Schrumpfkur für die Botschaft in Kuwait

Ein Untersuchungsbericht kritisiert die Betriebskosten der Schweizer Niederlassung. Nun wird eine Zusammenlegung mit Österreich geprüft

Bern Gleich zweimal reisten die Inspektoren des Aussendepartements (EDA) 2017 und 2018 auf die Arabische Halbinsel. An acht Tagen prüften sie die Bücher der Schweizer Botschaft in Kuwait. Im smarten Steinbau konsultierten sie Gästelisten, sichtigten Spesenbelege, liessen sich Mietverträge vorlegen. Danach fiel ihr Fazit wenig schmeichelhaft aus.

In Berichten, in welche die Sonntagszeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, Einsicht verlangte, kritisierten die Inspektoren des EDA deutlich einen sorglosen Umgang mit Steuergeldern. Im März 2017 forderten sie erstmals ein Eingreifen der Berner Zentrale: In der Niederlassung an bester

Lage in Kuwait-Stadt würden Bundesmittel nicht angemessen eingesetzt. Kritisiert wurden nicht üppige Bankette. Im Gegenteil: Die Inspektoren monierten, die teuren und repräsentativen Räume würden viel zu wenig genutzt.

Im Fokus hatten sie die nur mässig intensive Repräsentations-tätigkeit des damaligen Botschafters A.D. Seine Aktivitäten zur Interessenwahrung der Schweiz seien «bescheiden», hielten sie in einem Bericht fest. Während sein Vorgänger pro Monat fünf offizielle Einladungen ausgerichtet hatte, habe es D. nicht einmal auf einen Anlass pro Monat gebracht.

Die nur sporadischen Veranstaltungen stehen laut den Prüfern

in keinem Verhältnis zu den für Repräsentationsaufgaben zur Verfügung gestellten Mitteln: Immerhin ist die Residenz des Botschafters (Miete: rund 140 000 Franken) mit einer zusätzlichen Profiküche ausgestattet. Um Gäste zu versorgen, stehen eine Hausangestellte und ein zusätzliches Repräsentationsbudget von 36 000 Franken zur Verfügung.

Für Aufwendungen erhielt der Botschafter zusätzlich eine pauschale Aufwandsentschädigung von 32 500 Franken. Selbst wenn in Kuwait jährlich 30 Einladungen ausgerichtet würden, müssten mit «beachtlichen Kosten pro Einladung» von 4600 Franken gerechnet werden. Im Betrag noch nicht

enthalten sind die Verpflegungs- und Cateringkosten.

Der Botschafter wurde nach Nordeuropa versetzt

Ruhig wurde es in der Botschaft, nachdem sie zu einer «Interessenswahrungspräsenz Basis» zurückgestuft worden war. Acht lokale Botschaftsangestellte wurden entlassen. Neben dem Missionschef arbeiten hier heute noch zwei Sachbearbeiterinnen, ein Chauffeur und eine Hausangestellte für die Schweiz. Visaanträge müssen im 500 Kilometer entfernten Katar gestellt werden. Mit dem massiven Personalabbau sei eine Einbusse beim Betrieb unabwendbar gewesen, entgegnet der kritisierte Bot-

schafter. Die Umstände in der Vertretung seien im Inspektionsbericht «vereinfacht» dargestellt worden. Genutzt hat ihm der Protest nichts: A.D. wurde als Botschafter abgezogen. Heute arbeitet er in einer kleinen Vertretung in Nordeuropa als stellvertretender Missionschef.

Auch wenn D.s Nachfolger heute mehr Einladungen ausrichtet: Residenz und Botschaft in Kuwait sind noch immer zu gross. Die Mietobjekte entsprechen laut den Inspektoren «in keiner Art und Weise» einer EDA-internen Weisung. Für einen einzigen Arbeitsplatz fallen heute Kosten von mehr als 4000 Franken pro Monat an. Für Botschaft und Residenz be-

zahlt die Schweiz in Kuwait jährlich 285 000 Franken Miete.

Deshalb prüft die Schweiz jetzt ein Kooperationsmodell mit Österreich. Auch die Diplomaten unseres Nachbarlands sind in einem untergenutzten Gebäude eingemietet. Noch offen ist, ob die Schweizer in die österreichische Botschaft ziehen werden oder ob sich die Österreicher im Schweizer Gebäude einquartieren. Die kostenbewussten Inspektoren möchten die verbleibenden Schweizer zu den Österreichern verfrachten. Ein Argument spricht dafür: Die Österreicher bezahlen für ihren Sitz nur halb so viel Miete. Ein Entschluss ist laut EDA noch nicht gefallen.

Martin Stoll